



### Jaspers-Büro in Wien eröffnet

Die Europäische Kommission, die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung haben gemeinsam in Wien ein Jaspers-Regionalbüro eröffnet. Es handelt sich hierbei um das zweite der insgesamt drei von den Partnern vorgesehenen Jaspers-Regionalbüros (ein Büro wurde bereits in Warschau eröffnet, ein weiteres ist in Bukarest geplant). Das Wiener Büro wird Behörden in der Tschechischen Republik, Ungarn, der Slowakei und Slowenien bei der Planung hochwertiger Struktur- und Kohäsionsfondsprojekte unterstützen.

<http://www.eib.europa.eu/news/press/press.asp?press=3274>

### Bewertung von Struktur- und Kohäsionsfondsprogrammen

„Indikative Leitlinien zu Bewertungsverfahren: Bewertung während des Programmplanungszeitraums“ ist die Nummer 5 in einer Reihe von Arbeitsdokumenten, die gemeinsam von der GD Regionalpolitik und der GD Beschäftigung verfasst wurden. Das Dokument soll methodologische Orientierungshilfe für die Evaluierung der Struktur- und Kohäsionsfondsprogramme im Zeitraum 2007-2013 geben.

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/2007/working/wd5\\_ongoing\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/2007/working/wd5_ongoing_de.pdf)

### Überwindung der Breitbandkluft

Etwa 780 Personen nahmen an der Konferenz „Überwindung der Breitbandkluft“ teil, die am 14.-15. Mai in Brüssel stattfand. Während der zwei Tage befassten sich die Teilnehmer mit der Frage, wie IKT besser zur Förderung der regionalen und lokalen Entwicklung und zur Verbesserung der Attraktivität der weniger entwickelten Regionen und ländlichen Gebiete genutzt werden könnten. Die Teilnehmer wählten auch die Gewinner der „Europäischen Preise für Breitbandprojekte 2007“.

[http://ec.europa.eu/information\\_society/events/broadband\\_gap\\_2007/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/events/broadband_gap_2007/index_en.htm)

### Grenzgebiete und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die von der GD Regionalpolitik unterstützte Mission Operationnelle Transfrontalière (MOT) organisiert am 8.-9. November in Lille eine europäische Konferenz zum Thema „Grenzüberschreitende Gebiete: europäischer Alltag“. Mehr als 800 Teilnehmer, die zu der Konferenz erwartet werden, werden sich mit den politischen und operationellen Fragen im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit und mit der Zukunft der territorialen Zusammenarbeit in Europa auseinandersetzen.

<http://www.espaces-transfrontaliers.eu/>

## Anpassung, Schlüssel zum Erfolg der Kohäsionspolitik

**Die Kohäsionspolitik hat ihre Fähigkeit, regionale Entwicklung und Konvergenz in der EU zu fördern, längst unter Beweis gestellt. Doch in den nächsten Jahren kommen neue Herausforderungen auf sie zu, die eine neue Debatte über ihren künftigen Kurs erforderlich machen.**

Dies sind die Hauptergebnisse des Vierten Berichts zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, der am 30. Mai von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde. In diesem Bericht mit dem Titel „Wachsende Regionen, wachsendes Europa“ wird erstmals die wirtschaftliche, soziale und territoriale Situation der erweiterten Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten und 268 Regionen bewertet.

Er enthält eine detaillierte Analyse der gegenwärtigen Lage der EU-Regionen im Hinblick auf BIP, Produktivität und Beschäftigung sowie eine Beschreibung der Herausforderungen, mit denen Mitgliedstaaten und Regionen in den kommenden Jahren konfrontiert sein werden. Ferner enthält der Bericht eine erste Beurteilung der Auswirkungen der EU-Kohäsionspolitik im Programmzeitraum 2000-2006 sowie der Vorbereitungen auf den neuen Planungszeitraum 2007-2013. Der Bericht ist in vier Abschnitte unterteilt:

- 1. Wirtschaftliche, soziale und territoriale Situation und Trends in den Mitgliedstaaten und Regionen der E-27:** Die Analyse zeigt, dass die Ungleichgewichte in Bezug auf Einkommen und Beschäftigung in der gesamten EU im Verlauf des letzten Jahrzehnts verringert werden konnten. Es bestehen jedoch nach wie vor wichtige Defizite, vor allem zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten, deren Abbau eine langfristige Anstrengung erfordert.
- 2. Die Auswirkungen der Kohäsionspolitik:** Der Bericht gelangt zu dem Schluss, dass die Kohäsionspolitik der EU direkte Auswirkungen auf die regionale Konvergenz und Beschäftigung gehabt hat. Durch ihren Beitrag konnte in Griechenland eine Steigerung des BIP um 2,8 % und in Portugal um 2,0 % erzielt werden. Vorläufige Schätzungen gehen davon aus, dass sie im Zeitraum 2007-2013 eine Steigerung des BIP in folgenden Ländern herbeiführen wird: in Litauen, Lettland und der Tschechischen Republik (ca. 8,5 %) und in Polen (ca. 5,5 %).
- 3. Einzelstaatliche Politik und Kohäsion:** Der Bericht hebt die Tatsache hervor, dass die öffentlichen Investitionen in der EU in den letzten Jahren rückläufig waren, während Entscheidungsfindung und Verwaltungsvorgänge zunehmend dezentralisiert und auf die regionale und lokale Ebene verlagert werden. Im Zeitraum zwischen 2000 und 2005 stiegen die öffentlichen Ausgaben auf diesen beiden Ebenen jährlich um 3,6 % und damit schneller als das BIP (1,7 %) und die gesamten öffentlichen Ausgaben (2,4 %).

- 4. Gemeinschaftspolitiken und Kohäsion:** Der Bericht zeigt, dass verschiedene Politiken der Gemeinschaft – etwa in den Bereichen FuE und Innovation, Landwirtschaft, Wettbewerb und staatliche Beihilfen – dazu beitragen, die Effektivität der Kohäsionspolitik zu steigern, weist jedoch darauf hin, dass diese Synergien in Zukunft besser genutzt werden könnten.

Anlässlich der Vorstellung des Berichts erklärte das für Regionalpolitik zuständige Kommissionsmitglied Danuta Hübner, die Kohäsionspolitik der EU habe „den Nachweis ihrer Fähigkeit erbracht, sich an die im Wandel begriffenen Bedingungen anzupassen“. Sie wies jedoch gleichzeitig darauf hin, dass die EU im kommenden Programmzeitraum mit neuen Herausforderungen zu rechnen habe, darunter „der für 2020 erwartete und in vielen Regionen bereits stattfindende Rückgang der Bevölkerungszahl, ferner verstärkter wirtschaftlicher Druck seitens der globalen Konkurrenz, gestiegene Energiepreise, Klimawandel und soziale Polarisierung“.

Mit der Veröffentlichung des Vierten Kohäsionsberichts eröffnet die Kommission daher die Debatte darüber, wie die Kohäsionspolitik am besten ausgerichtet werden sollte, um diese neuen Herausforderungen zu bewältigen. Im Verlauf der Jahre 2007 und 2008 wird die Kommission ihren Ansatz zur Haushaltsprüfung 2008/2009 entwickeln. Das Kohäsionsforum am 27.-28. September wird eine erste Gelegenheit bieten, diese Frage mit relevanten Interessengruppen zu erörtern. Das Forum wird sich insbesondere auf eine Reihe von Schlüsselfragen konzentrieren, unter anderem:

1. Was können wir aus der Erfahrung bei der Erstellung der Programme 2007-2013 lernen?
2. Wie gut ist die Kohäsionspolitik vor diesem Hintergrund auf die neuen Herausforderungen abgestimmt, mit denen Europas Regionen in den kommenden Jahren konfrontiert sein werden?
3. Wie kann in diesem neuen Kontext im Rahmen der Kohäsionspolitik ein integriertes und flexibles Konzept für Entwicklung/Wachstum und Arbeitsplätze erarbeitet werden?
4. Nach der Auswertung der obigen Fragen: Wie wird das System zur Verwaltung der Politik für den Zeitraum 2007-2013 bewertet?

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion4/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion4/index_de.htm)

# Das Potenzial von Regionen und Städten freisetzen

**Auf einem informellen Treffen in Leipzig am 24.-25. Mai verabschiedeten die für Stadtentwicklung und territorialen Zusammenhalt zuständigen EU-Ministerinnen und -Minister zwei wichtige politische Dokumente, die darauf abzielen, die Rolle der Regionen und Städte bei der Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Europa zu stärken.**

Die Dokumente mit dem Titel „Territoriale Agenda der EU“ und „Die Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ rufen dazu auf, die Vielfalt und Identität der Regionen und Städte Europas stärker anzuerkennen und diese umfassender in die Politikgestaltung auf EU-Ebene und die Förderung von nachhaltigem Wachstum und Arbeitsplatzschaffung einzubeziehen.

Die Territoriale Agenda legt die Vorteile der Fortsetzung einer integrierten territorialen Entwicklungspolitik dar. Sie ruft zu mehr Zusammenarbeit und Vernetzung im Hinblick auf territoriale Fragen, einschließlich Themen wie nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktpolitik sowie Vernetzung zwischen städtischen Regionen, und zu einem modernen Verständnis der Stadt- und Raumentwicklung, an der eine breite Palette regionaler und lokaler Akteure mitwirken, auf.

Mit der Leipzig Charta haben sich die EU-Minister erstmals auf gemeinsame Prinzipien und Strategien für Stadtentwicklungspolitik geeinigt

und so die Grundlagen für eine neue Stadtpolitik in Europa geschaffen. Die Charta unterstreicht die wichtige Rolle der Städte, in denen über 60 % der EU-Bürgerinnen und -Bürger leben und die 75-85 % des EU-BIP erzeugen, und hebt die Notwendigkeit hervor, den Städten bei der Inangriffnahme von Problemen im Zusammenhang mit sozialer Ausgrenzung, strukturellem Wandel, Altern, Klimawandel und Mobilität mehr Unterstützung zukommen zu lassen.

In der Charta stellen die Minister ein ideales Modell der „europäischen Stadt“ des 21. Jahrhunderts vor und vereinbaren gemeinsame Strategien für eine „integrierte“ Stadtentwicklungspolitik, die die Wiederbelebung von Innenstädten und Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf, die Verbesserung lokaler Wirtschaften und Arbeitsmärkte, sauberen Stadtverkehr und die Eingliederung von Immigranten in den Mittelpunkt stellt.

[http://www.bmvbs.de/Anlage/original\\_995333/Leipzig-Charter-on-Sustainable-European-Cities-final-draft-2-May-2007.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_995333/Leipzig-Charter-on-Sustainable-European-Cities-final-draft-2-May-2007.pdf)

## Mehr Fördermittel für Wohnungsbau und regionale Innovation gefordert

**Am 10. Mai verabschiedete das Europäische Parlament zwei „Initiativberichte“ zur Regionalpolitik, in denen mehr Fördermittel für Wohnungsbau und regionale Innovation empfohlen werden.**

Der erste, von Alfonso Andria (ALDE, Italien) verfasste Bericht betrifft die zunehmende Schwierigkeit, in der EU eine angemessene und erschwingliche Unterkunft zu finden, die dem Bericht zufolge direkte Auswirkungen auf die Bürger hat und deren Möglichkeiten im Hinblick auf soziale Eingliederung und Mobilität sowohl in städtischen wie in ländlichen Gebieten beschränkt. In dem Bericht wird die Tatsache hervorgehoben, dass in den neuen Mitgliedstaaten gegenwärtig EU-Mittel zur Unterstützung von Hausumbau- und Sanierungsarbeiten verfügbar sind, und vorgeschlagen, diese Möglichkeit ab 2009 auf die älteren Mitgliedstaaten (EU-15) auszudehnen.

Der Bericht, der vom Parlament gebilligt wurde, tritt dafür ein, EU-weite minimale Qualitätsindikatoren für eine „angemessene Unterkunft“ festzulegen, das Recht auf Wohngeld zu verstärken, um die Arbeitnehmermobilität zu fördern, und Städten eine wichtigere Rolle bei der Planung und Verwaltung der Verwendung von Strukturfondsmitteln für Wohnungsprojekte zuzuerkennen.

Der zweite Bericht, von Mieczyslaw Edmund Janowski (UEN, Polen), wurde vom Parlament in seiner Plenarsitzung am 10. Mai verabschiedet. Er konzentriert sich auf den Beitrag der Regionalpolitik zur Innovationskapazität der EU und ruft die Mitgliedstaaten, die Kommission und regi-

onale und kommunale Behörden auf, den gleichberechtigten Zugang zu Bildung auf jeder Ebene sicherzustellen, den Zugang zu auf Informations- und Kommunikationstechnologien basierender Arbeit zu maximieren, die Entwicklung von „Clustern“ zu fördern und umfassende Unterstützung für KMU bereitzustellen.

Darüber hinaus werden die Mitgliedstaaten in dem Bericht aufgefordert, die Zusammenarbeit durch die Einrichtung europäischer Technologieplattformen zu fördern und Finanzierungsmechanismen einzuführen, die den echten Bedürfnissen entsprechen, wobei nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, die EK-/EIB-/EIF-Finanzierungsinitiativen Jaspers, Jeremie und Jessica auf regionaler Ebene publik zu machen.

Andria-Bericht:  
[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/059-6478-129-05-19-910-20070507IPR06417-09-05-2007-2007-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/059-6478-129-05-19-910-20070507IPR06417-09-05-2007-2007-false/default_de.htm)

Janowski-Bericht:  
[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/059-6479-129-05-19-910-20070507IPR06419-09-05-2007-2007-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/059-6479-129-05-19-910-20070507IPR06419-09-05-2007-2007-false/default_de.htm)

### OPEN DAYS: Partnerschaft mit einer Rekordzahl von 212 Regionen und Städten

212 in Brüssel ansässige Büros europäischer Regionen und Städte, die 33 Länder vertreten, haben sich als offizielle Partner zu den „OPEN DAYS 2007 – Europäische Woche der Regionen und Städte“ angemeldet. Die diesjährige Veranstaltung, die ein weiteres Mal gemeinsam von der Europäischen Kommission und dem Ausschuss der Regionen organisiert wird, findet vom 8. bis zum 11. Oktober in Brüssel statt. Ab sofort ist ein Newsletter zu den OPEN DAYS 2007, der vier Seiten voll nützlicher Informationen enthält, online verfügbar:  
[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/conferences/od2007/doc/pdf/newsletter\\_1.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2007/doc/pdf/newsletter_1.pdf)



**Europäische Kommission**  
Generaldirektion Regionalpolitik

Redaktionsschluss: 18. Juni 2007.